



„Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“

als Upassung un de Klimawandel a fir méi Liewensqualität

Erkenntnisse einer Umfrage bei politischen und beruflichen Akteuren



**mouvement
écologique**



**oekoZentrum
pafendall**

”

Die vermutlich größte Herausforderung für die Stadtplanung in den kommenden Jahren ist der Klimawandel, genauer gesagt die Auswirkungen des Klimawandels. Steigende Temperaturen führen insbesondere in sehr dicht besiedelten und bebauten Stadtteilen in Kombination mit zahlreichen Asphaltflächen zu einer starken Aufheizung, insbesondere in Innenstädten. Allgemein ist die Aufstockung des Baumbestandes und der Parkanlagen wichtig, um die Innenstädte attraktiver zu gestalten und Orte der Erholung und Entspannung anzubieten.

”

Inventors Club



Herausgeber



**mouvement
écologique**

Mouvement Écologique asbl

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tel.: +352 439030-1
meco@oeko.lu

www.meco.lu



**oekozenner
pafendall**

Oekozenner Pafendall asbl

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tel.: +352 439030-40
oekozenner@oeko.lu

www.oekozenner.lu



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Environnement, du Climat
et du Développement durable

Die Kampagne „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“ wird vom Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung finanziell gefördert, dies im Rahmen einer Konvention zwischen dem Ministerium und dem Oekozenner Pafendall.

Juli 2022

Weitere Exemplare der Publikation können gratis bestellt werden über secretariat@meco.lu, Tel. 439030-1.

Weitere Infos unter www.meco.lu - www.oekozenner.lu - www.naturelo.meco.lu.

Die Publikation ist ebenfalls in französischer Version verfügbar unter www.meco.lu sowie www.naturelo.meco.lu.



„Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“

als Upassung un de Klimawandel a fir méi Liewensqualität

Erkenntnisse einer Umfrage bei politischen und beruflichen Akteuren

Die Temperaturen haben 2022 weltweit – und auch in Luxemburg – bereits im Juni Rekordwerte erreicht: Das Thermometer stieg hierzulande auf weit über 30°C an, die 40°C-Latte wurde nur knapp verfehlt. Dies als eine der Folgen der Klimakatastrophe.

Prioritär muss alles unternommen werden, um die Klimakatastrophe so weit es geht einzudämmen. Parallel soll aber alles getan werden, um die Auswirkungen auf unsere Städte und Dörfer soweit es geht zu reduzieren und die Lebensqualität zu fördern.

SIEDLUNGEN KLIMARESILIENTER GESTALTEN

Klimaforscher und Meteorologen gehen davon aus, dass uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, vor allem im Siedlungsraum, immer mehr sogenannte Tropennächte erwarten. Nächte in denen die Lufttemperatur nicht unter 20°C fällt, sich das Klima in den Ortschaften nicht abkühlen wird. Tagsüber werden sich Hitzeperioden von über 30 - 35°C häufen .

Während die einen vielleicht weniger unter diesen Temperaturen leiden, fühlen sich zahlreiche Menschen erheblich in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Auch die Anzahl der Todesfälle steigt an diesen Hitzeperioden nachweislich an.

Es ist deshalb unerlässlich, dass heute alle nur erdenklichen Maßnahmen in den Ortschaften ergriffen werden, um den Temperatursteigerungen entgegen zu wirken, deren Auswirkungen zu reduzieren und die Aufenthaltsqualität so gut es geht zu erhalten und zu verbessern.

Von besonderer Bedeutung ist es, unsere Städte und Dörfer weitaus stärker zu durchgrünen.



Denn es ist gewusst: eine gute Durchgrünung erlaubt es, die Temperaturen zu reduzieren und erträglicher zu halten und die negativen Auswirkungen erheblich zu reduzieren.

Es gilt jetzt zu handeln: unsere Straßen und öffentlichen Plätze durchgrünen, eine Dach- und Fassadenbegrünung gewährleisten, naturnahe Grünflächen erhalten und ausbauen, Kaltluftkorridore sichern ... Und: vor allem hochstämmige Bäume erhalten und neu pflanzen! Denn: es müssen heute Bäume gepflanzt werden, damit sie in späteren Jahren ihre volle Pracht und Wirkung entfalten, Schatten und somit Kühle spenden, zum Absinken der Temperaturen beitragen, die Luftqualität verbessern ... Dies auf öffentlichen Plätzen, entlang von Straßen ...

Jedes Jahr, in dem nicht gehandelt wird, führt dazu, dass Menschen in 20 Jahren und mehr noch mehr unter der Hitze in unseren Siedlungen zu leiden haben werden. Hinzu kommt, dass eine verstärkte Durchgrünung unerlässlich ist, um dem fortschreitenden Verlust der Biodiversität im urbanen Raum entgegenzuwirken.

ÖFFENTLICHE RÄUME FÜR DEN MENSCHEN GESTALTEN – EINE VERANTWORTUNG VON STAAT UND GEMEINDEN

Gewusst ist aber auch, dass eine gute Durchgrünung nicht nur die Klimaresilienz erhöht, sondern ebenfalls das Wohlbefinden der Menschen steigert. Sie wirkt sich nicht nur positiv auf die physische Gesundheit, sondern auch auf die Psyche der Menschen aus.

Zentrale Herausforderung ist, die Entwicklung unserer Siedlungen mit den Anforderungen von Klimaschutz und Klimaanpassung sowie den sozialen Belangen in Einklang zu bringen.

Neben klimagerechten Bauweisen gilt auch die Devise: „Weniger Versiegelung und motorisierter Individualverkehr – mehr Platz für Soziales und Miteinander“. Sinnvoll sind öffentliche und begrünte Plätze mit einer hohen Aufenthaltsqualität für alle: zum Verweilen, Austauschen, Begegnen, Entspannen ... Sie sind wichtige soziale Räume, in denen sich Menschen unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen, Lebenswelten, Kulturen ... begegnen und austauschen können. Sie sind für alle zugänglich und bieten Lebensqualität auch für alle jene, die keinen eigenen Garten besitzen.

Nicht zuletzt die COVID-Krise hat gezeigt, wie wichtig derartige attraktive Aufenthaltsräume in den einzelnen Vierteln, nahe am Wohnort der Menschen, sind.



3 VIDEOS
Bestaunen Sie wie
sich 3 Plätze
verändern!

Nur, wenn wir den motorisierten Individualverkehr mit seinen Belastungen und seinem Platzbedarf in unseren Siedlungen eindämmen, wird es gelingen, unsere Städte und Dörfer wieder lebenswerter zu gestalten.

Die Verantwortung dafür, dass dies heute angegangen wird, liegt sowohl bei den nationalen Ministerien, als auch bei den Gemeinden.

Den Ministerien obliegt es, rechtlich verbindliche Vorgaben zu machen, Anreize zu schaffen und modellhafte Empfehlungen zu veröffentlichen.

An den Gemeinden ist es, aktiv zu werden und die Bürger:innen mit einzubeziehen.

PROJEKTE „MÉI GRÉNGS AN EISE STIED AN DIERFER“ UND „MAACH PLAZ“: VISIONEN FÜR DIE ZUKUNFT UND KONKRETE ANREGUNGEN

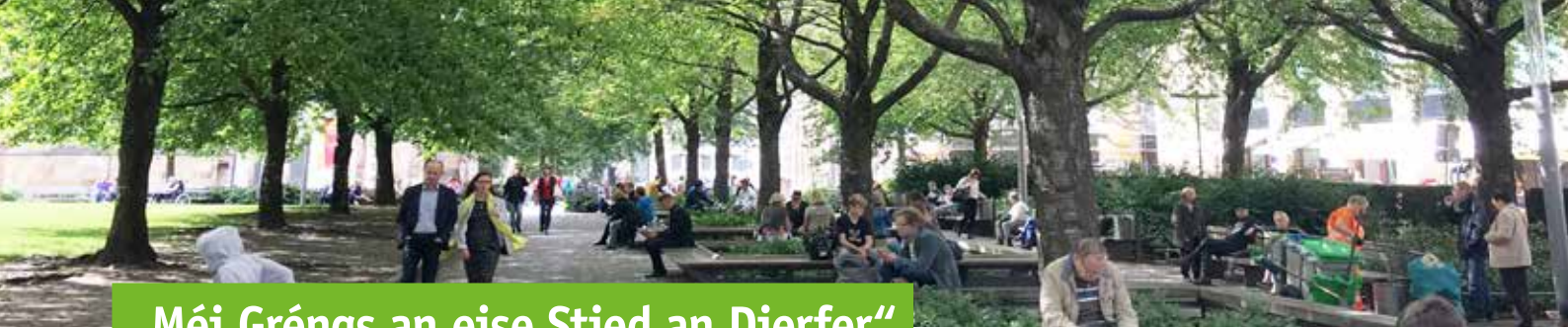
Mouvement Ecologique und Oekozyklus Pafendall haben deshalb zwei Projekte gestartet, um auf nationaler und kommunaler Ebene aktiv zu werden.

In dieser Veröffentlichung finden Sie die Resultate einer **Umfrage** bei beruflichen und politischen Akteuren, aber auch bei interessierten Bürger:innen, in Bezug auf Chancen und Hürden der Umsetzung einer Strategie „**Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer**“. Die Resultate skizzieren zentrale Handlungsfelder für die nationale und kommunale Politik. Welche Hemmschwellen gilt es zu überwinden? Welche Initiativen zu ergreifen?

Das Projekt „**Maach Plaz**“ – bei welchem in 3 anschaulichen, animierten Clips in einer Zeitreise die Umgestaltung von 3 Plätzen in Luxemburger Städten aufgezeigt wird: Place de Stalingrad in Esch-sur-Alzette; Eingang von Hollerich (Place St. Pierre et Paul), siehe Bild – Luxemburg Stadt sowie „Stäreplaz“ in Mersch. Die Clips sollen dabei vermitteln, wie bereichernd es sein kann, wenn sich öffentliche Räume in grüne Orte der Begegnung und des Miteinanders verwandeln – weg von Beton und Lärm.

**Helfen Sie mit, solche Visionen umzusetzen!
Sie finden die Filme unter www.meco.lu.**





„Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“

Umfrage bei Zielgruppen: Resultate und Erkenntnisse

Welche Bedeutung wird der Begrünung aktuell in der Siedlungsplanung zugesprochen? In welchen Bereichen gibt es besonderen Handlungsbedarf und welche Akteure sind besonders gefordert? Welche Herausforderungen existieren in der Praxis und welche Unterstützung wird gebraucht, um die Begrünung unserer Ortschaften weiter voranzutreiben?

Viele Menschen schätzen schon heute die angenehme Aufenthaltsqualität von „grünen Ortschaften“. Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise muss der Durchgrünung jedoch noch viel mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Denn auch wenn heute Maßnahmen ergriffen werden, um der Klimakrise entgegenzuwirken: die Temperaturen werden weiter ansteigen! Deshalb müssen unbedingt bereits heute Bäume erhalten und neue gepflanzt, naturnahe Grünräume geschützt, Dach- und Fassadenbegrünungen angelegt und Wasserläufe renaturiert werden. Nur so bleibt das Leben in den Städten erträglich, können die Temperaturen gesenkt und Hochwasserereignisse verhindert werden.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“, haben Mouvement Ecologique und Oekozynter Pafendall, mit der finanziellen Unterstützung des Umweltministeriums, im November 2021 eine Online-Meinungsumfrage bei den verschiedenen Akteuren durchgeführt.

Das vorliegende Dokument resümiert die Resultate der Umfrage. Die Aussagen sollten als Handlungsauftrag an alle Akteure (Ministerien, Gemeinden, Planungsbüros usw.) verstanden werden. Sie werden auch die Fortführung der Kampagne « Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer » prägen.

Ein großer Dank gilt allen Personen, die an dieser Umfrage teilgenommen haben.

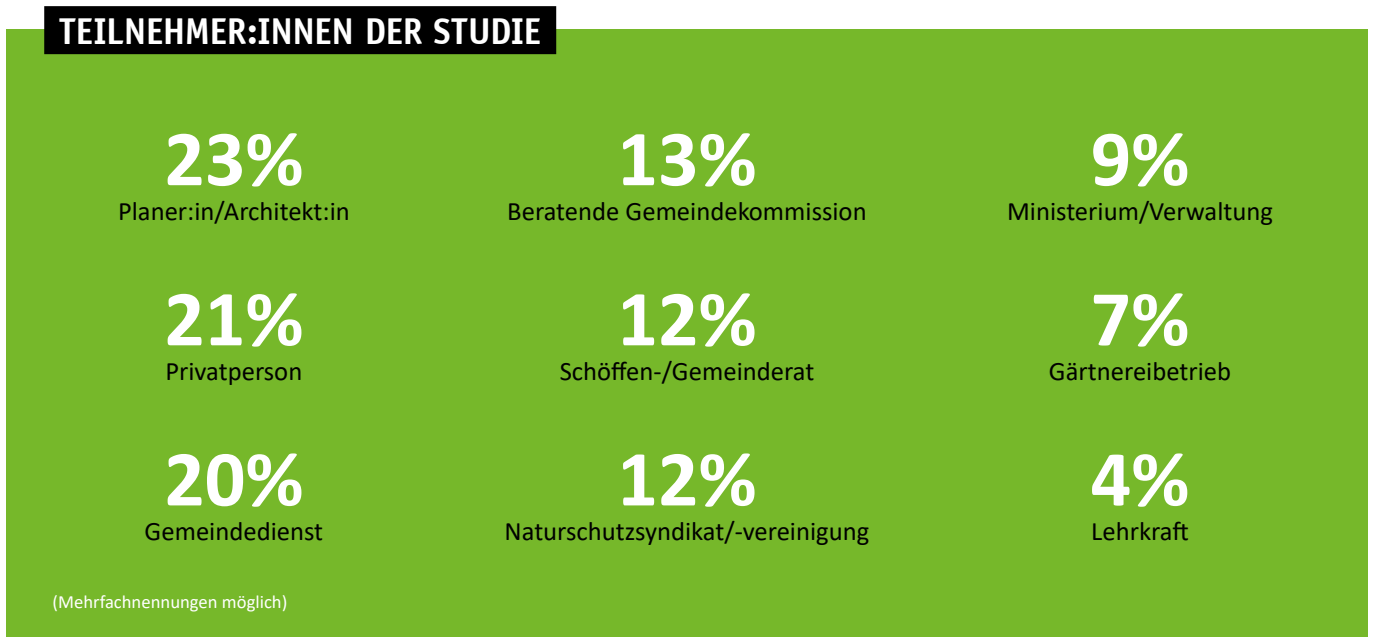
Zielgruppe der Umfrage:

Angeschrieben wurden die Teilnehmer:innen der Webinarreihe „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“, Gemeinden, Planungsbüros, Gärtnereien, Klima- und Umweltberater:innen sowie Naturschutzsyndikate- und vereine.

Teilnehmer:innen:

Die Umfrage wurde 340 Mal aufgerufen; 180 Teilnehmer:innen haben die Umfrage ganz abgeschlossen. Nur diese wurden für die folgende Auswertung zurückbehalten.

Die folgende Grafik gibt an (in Prozent), aus welchen Akteur-Gruppen die 180 Teilnehmer:innen stammen:



Aus jeder relevanten Zielgruppe sind somit Teilnehmer:innen vertreten. Wobei Planer:innen bzw. Architekt:innen, Privatpersonen und Vertreter:innen aus Gemeindediensten mit Abstand am häufigsten vertreten sind (Mehrfachnennungen waren möglich).

Format der Umfrage und Auswertung:

Die Umfrage bestand aus sieben thematischen / inhaltlichen Fragen, wobei sechs der Fragen im Matrix-Format aufgebaut waren. Sprich: es wurde eine Frage gestellt bzw. eine Aussage gemacht, zu der fünf bis acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurden, die von den Teilnehmer:innen jeweils mit 1 - 5 (1 = absolut zutreffend; 5 = nicht zutreffend) bzw. mit „keine Meinung“ bewertet werden konnten.

Bei der Auswertung wurden die Antworten 1 und 2 in der Kategorie „(absolut) zutreffend“, die Antworten 4 und 5 in der Kategorie „(eher) nicht zutreffend“ zusammengefasst

und die Antwort 3 als Kategorie „weder noch“ angegeben.

„Keine Meinung“-Antworten wurden bei der vorliegenden Auswertung als „missing“ definiert. Nur dort, wo ein relevanter Teil der Befragten mit „Keine Meinung“ antwortete, wurde dies in der Auswertung hervorgehoben (Fragen 4 & 6). Zusätzlich konnten die Teilnehmer:innen bei jeder Frage eine freie Text-Antwort hinterlassen.

Im Folgenden wird die statistische Auswertung der Antworten präsentiert und mit ausgewählten Zitaten aus den Text-Antworten der Teilnehmer:innen illustriert und ergänzt.

Sie interessieren sich für die Text-Antworten der Teilnehmer:innen? Auf Anfrage (natur@oeko.lu) schicken wir Ihnen diese gerne zu.

ZUSAMMENFASSUNG DER UMFRAGERESULTATE

Die **größte Hürde** für die Gestaltung grüner Ortschaften sehen **76 %** der Teilnehmer:innen darin, dass der Nutzen von Pflanzen bzw. der Stellenwert von begrünten Flächen im Zusammenhang mit **klima-resilienter Stadtentwicklung** generell unterschätzt wird bzw. nicht hinlänglich bekannt ist.

Die **Akzeptanz** für und die **Umsetzung** von grüneren Ortschaften könnte, nach Meinung von **92 %** der Befragten, durch eine **konsequente ressortübergreifende Zusammenarbeit** zwischen Urbanisten, Landschaftsplaner:innen, Umweltbeauftragten, Architekt:innen, Straßenbauabteilung, Grünflächenamt, Gärtnerei usw., in einem frühen Planungsstadium, erheblich gesteigert werden.

Instrumente, welche für eine effektivere Durchgrünung des Siedlungsraums genutzt werden könnten, sind nach Meinung von 85 % der Befragten **Umsetzungsvorgaben von Projekten** (z.B. das „Cahier des charges“ bei Ausschreibungen oder das „Projet d'exécution“ von PAP's), aber auch **kommunale Strategien**, wie z.B. ein Aktionsplan zur Biodiversität oder ein Grünkonzept, sowie **reglementarische Vorgaben der Gemeinde** (Flächennutzungsplan (PAG) – Teilbebauungspläne (PAP) – *Règlement sur les bâtisses*).

95% der Umfrageteilnehmer:innen stimmen der Aussage zu, dass **Bäume prioritär, konsequent und von Anfang an miteingeplant** werden sollten und **94%** der Befragten sind der Meinung, dass es **mehr**

Bäume im Siedlungsraum braucht.

Bezüglich der **Gebäudebegrünung** teilen **97 %** der Befragten die Überzeugung, dass der Staat und die Gemeinden **mit gutem Beispiel vorangehen** und öffentliche Gebäude naturnah begrünen und eine entsprechende Pflege sicherstellen müssen. Diese könnten dann auch als Pilotprojekte dienen.

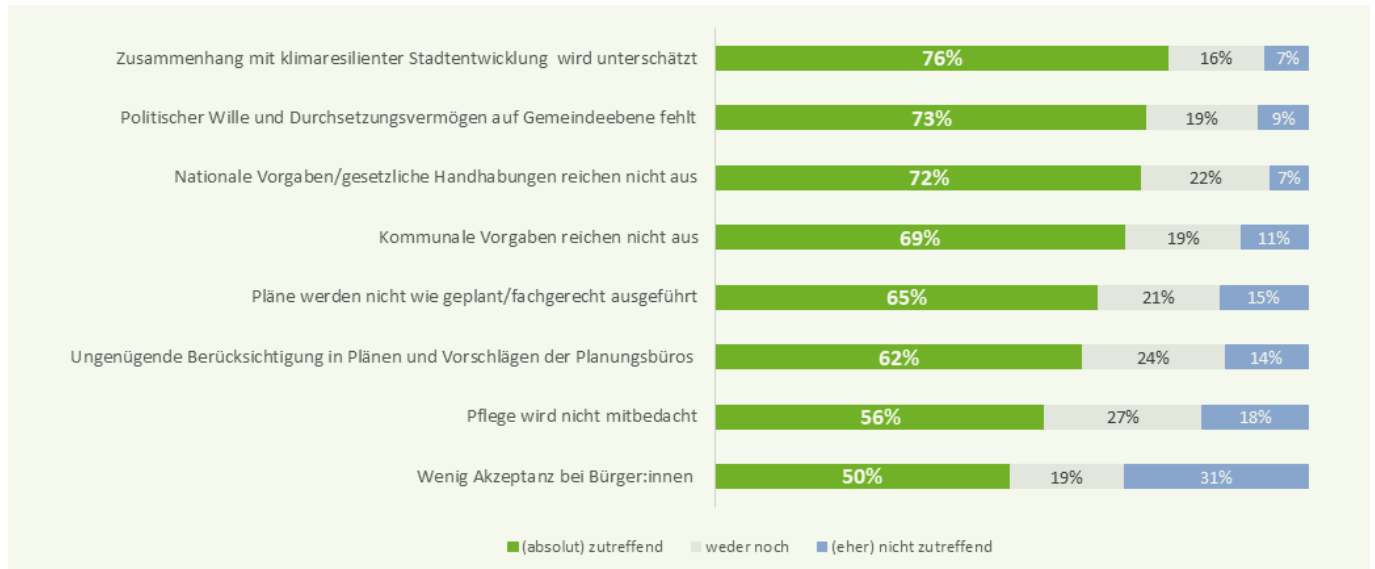
92 % der Teilnehmer:innen sind dann auch der Meinung, dass **Gründächer und versickerungsfähige Flächen als wesentliche Aspekte des Regenwassermanagements** im Siedlungsraum angesehen und eingesetzt werden sollten.

Dies ist nur ein kleiner Einblick in die sehr interessanten und ermutigenden Resultate dieser Umfrage. Allgemein kann festgehalten werden, dass sich die Teilnehmer:innen mehr „Mut zum Grün“ in den Dörfern und Städten wünschen. Hier sind vor allem die politisch Verantwortlichen auf Gemeinde- und Regierungsebene gefordert. Sie müssen einen Rahmen schaffen, welcher den Erhalt, den Ausbau und die Pflege grüner Flächen und Strukturen nicht nur begünstigt, sondern prioritär fördert. Zu diesem Rahmen gehören Leitfäden, Reglemente, Ausbildungs- und Fortbildungsangebote, Informationsmaterial, Förderprogramme und vor allem auch Eigeninitiative.

DIE GRÖSSTEN HÜRDEN FÜR DIE GESTALTUNG GRÜNER ORTSCHAFTEN

FRAGE 1:

Wo begegnen Ihnen / sehen Sie die größten Hürden, um eine stärkere Durchgrünung unsere Städte und Dörfer umzusetzen bzw. zu erhalten?



Die Politiker:innen sind noch oft überhaupt nicht informiert über dieses Thema, sie sagen, dass sie ganz andere Sorgen haben ... Es braucht viel Sensibilisierung, sowohl auf politischer Ebene, als auch bei den Bürger:innen.



76%

der Teilnehmer:innen sind der Meinung, dass der **Nutzen von Pflanzen bzw. der Stellenwert von begrünter Flächen im Zusammenhang mit klimaresilienter Stadtentwicklung generell** unterschätzt wird bzw. nicht hinlänglich bekannt ist.

73%

der Befragten gaben an, es fehle vor allem an **politischem Willen** und Durchsetzungsvermögen auf Gemeindeebene.



- 72%** der Teilnehmer:innen sind der Meinung, dass die **Vorgaben und die gesetzliche Handhabung auf nationaler Ebene nicht ausreichen** und **69%** denken, dass die auf kommunaler Ebene entwickelten **Vorgaben der Gemeinden / Verwaltungen** (z.B. in PAGs, PAPs, Planungsprozessen) den Aspekt der Durchgrünung **nicht genügend berücksichtigen**.
- 65%** der Teilnehmer:innen stimmen der Aussage zu, dass die **Pläne nicht wie geplant / fachgerecht ausgeführt** werden (technische Vorgaben / Konflikte, weniger Wurzelraum als nach Plan vorgesehen, mangelhaftes Substrat oder Pflanzung nicht ausgeführt) und **62%** der Befragten geben an, dass in den **Plänen und Vorschlägen der Planungsbüros** die Vegetation und ihre reellen Ansprüche meist ungenügend berücksichtigt werden.
- 56%** der Teilnehmer:innen denken, dass das Begrünungskonzept nicht funktioniert, weil die richtige **Pflege nicht mit bedacht** wurde und somit im Nachhinein nicht gewährleistet wird.
- 50%** „Nur“ die Hälfte der Teilnehmer:innen sehen eine **fehlende Akzeptanz bei Bürger:innen** als Hürde für mehr Grün und stimmen der Aussage zu, dass zu viele Bürger:innen keine naturnahe Vegetation im Siedlungsraum wollen und sich über naturnahes Grün beschweren bzw. es zerstören. Letztere Aussage erhielt mit **31%** auch am meisten Widerspruch. 31% der Teilnehmer:innen sind demnach der Meinung, dass es nicht an Akzeptanz für mehr naturnahes Grün bei den Bürger:innen fehlt.

WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Als weitere Hürden für grünere Ortschaften wurden folgende Einzelaussagen in den freien Antwortmöglichkeiten zusätzlich angeführt:

- Es fehle an **Ausbildung und Know-how bei den zuständigen Gemeindearbeiter:innen, aber auch bei einer Reihe von Architekt:innen und Planer:innen**. Es mangle vielfach auch an einer angepassten professionellen Beratung innerhalb der Gemeindeverwaltungen. So würden z.B. oft ungeeignete Samen-Mischungen verwendet.
- Die **Entscheidungsstrukturen und Budgetaufteilung auf Gemeindeebene** würden einer konsequenten Begrünung entgegenstehen.
- Die **finanzielle Zusatzleistung** einer Begrünung stelle eine Hürde dar, wenn die Kosten des Baus an sich schon hoch und der Bauherr eh schon schwer für eine Begrünung zu überzeugen sei. So würden auch vor allem Dach- und Fassadenbegrünung zu wenig umgesetzt.
- Allgemein ständen **Beton- und Grünflächen in keinem Verhältnis zueinander** und dies trotz Wissen um den Klimawandel und seine Folgen.
- Uneinig sind sich einige Teilnehmer:innen über die Frage, welchen **Einfluss die Gemeinde auf die Gestaltung von Teil-Bebauungsplänen (PAPs)** ausüben kann. Einerseits wird der Gemeinde große Macht zugesprochen und höhere ökologische Standards von ihr gefordert, andererseits wird aufgeworfen, dass die Gemeinde auf den guten Willen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Bauträger (promoteurs) angewiesen wäre, bzw. die Gemeinde gar kein Mitspracherecht beim PAP-NQ hätte und laut Gesetz nur überprüfen könne, ob der PAP dem PAG entspricht.



... wie in anderen öffentlichen Belangen auch, kann das Thema m.E. nicht alleine der Initiative von Einzel- / Privatpersonen / Planungsbüros oder gut gemeinten Leitfäden überlassen bleiben. Es muss vom Gesetzgeber, den Bau- / Umweltbehörden explizit als obligatorisch vorgegeben werden ... auch wenn diese Aussage nicht besonders gerne gehört wird.

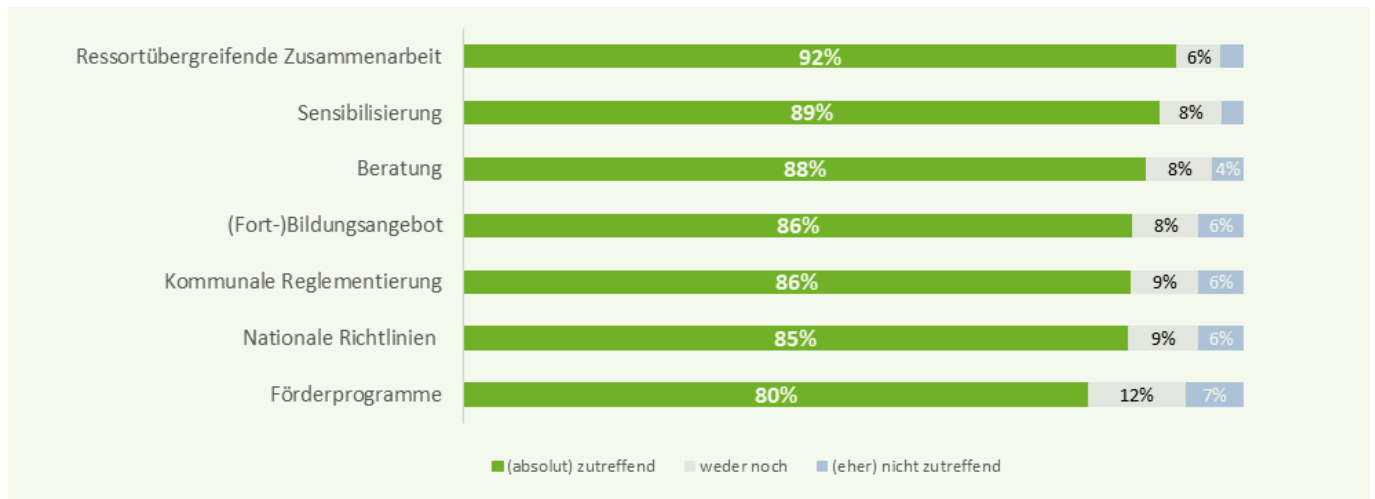
Nicht alle Bürger:innen sind dagegen, ein Umdenken ist spürbar. Es gilt aber noch einige zu überzeugen, dies erfolgt am besten durch vorbildhafte Beispiele und Workshops.



AKZEPTANZ & UMSETZUNG VON BEGRÜNUNG IM SIEDLUNGSRAUM

FRAGE 2:

Welche Maßnahmen sind nötig, um die Akzeptanz für und die Umsetzung von Vegetation im Siedlungsraum zu steigern?



Die Beratung der Gemeindeverantwortlichen wird durch die biologischen Stationen und die Naturpaktberater momentan ausgebaut, so dass man in diesem Bereich eine Verbesserung erwarten kann.



92% Die Aussage, es bräuchte **in einem frühen Planungsstadium eine konsequente ressortübergreifende Zusammenarbeit** zwischen Urbanist:innen, Landschaftsplaner:innen, Umweltbeauftragten, Architekt:innen, Straßenbauabteilung, Grünflächenamt, Gärtnerabteilung usw. erhält mit 92% die meiste Zustimmung.

89% Die **Information über die Bedeutung einer stärkeren Durchgrünung** – aus Sicht des Biodiversitäts- und des Klimaschutzes sowie der sozialen Perspektive – muss sowohl auf nationaler wie auf kommunaler Ebene erheblich ausgebaut werden, davon sind 89% der Teilnehmer:innen überzeugt.

88% Um die Akzeptanz für den Ausbau der Vegetation im Siedlungsraum zu steigern, muss gleichzeitig an vielen Schrauben gedreht werden. So denken 88% der Befragten, dass eine verstärkte **Beratung** von Gemeindeverantwortlichen aber auch Privatpersonen notwendig ist.

86% wünschen sich in diesem Zusammenhang ein spezifisches **(Fort-) Bildungsangebot** für Gemeindedienste, Planer:innen, und ausführende Betriebe. Aber auch Verwaltungen sollten über Fortbildungen weiter geschult werden.





86% geben an, es brauche zudem eine **kommunale Reglementierung**: ein Gebot zur Begrünung von Siedlungsraum und Gebäuden müsse z.B. über das «*Règlement sur les bâtisses, voies et sites*» und PAPs verbindlich festgelegt werden. Ggf. müsse der gesetzliche Rahmen angepasst werden.

85% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass es verstärkt **nationale Richtlinien** (z.B. vom Innen- bzw. Umweltministerium, Ministerium für öffentliche Arbeiten und Transport) braucht, an welchen sich Gemeinden und Planer:innen orientieren können - sowohl für das Einplanen von grüner und blauer Infrastruktur in Teilbebauungsplänen (PAPs), als auch für die technische Umsetzung (z. B. Richtlinien zum Pflanzen von Straßenbäumen).

80% Immerhin 80% der Befragten erachten gezielte **Förderprogramme**, sowohl für Gemeinden als auch für Privatpersonen, als sinnvoll.

WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Vereinzelte Teilnehmer:innen machten zusätzlich folgende Anmerkungen zur Akzeptanz und Umsetzung der Begrünung:

- Als Alternative zu den Beschränkungen auf den privaten Grundstücken, sollten **mehr kommunale Grünflächen** zurückbehalten werden, welche dann auch als entsprechend zusammenhängende Ökoflächen genutzt werden könnten.
- Je mehr reglementiert würde, desto steriler würde die ganze Betrachtungsweise im Hinblick auf die Biodiversität. Die **Bewohner:innen müssten mitgenommen und von der Sache überzeugt**, anstatt mit Gesetzen „überflutet“ zu werden.
- Es bräuchte mehr **konkrete Beispiele** dazu, was konkret vor Ort möglich ist - aufgearbeitet für verschiedene Zielgruppen.
- Das Problem läge darin, dass **die PAP-Planungen nicht mehr vom Umweltministerium** oder der ANF **geprüft** würden. In Deutschland (z.B. Rheinland-Pfalz) müsse jeder PAP den Umweltbehörden noch einmal zur Genehmigung vorgelegt werden.
- Auch die **juristische Sicherheit für eine kommunale Reglementierung** sei beim Thema Begrünung nicht immer gegeben, so dass eine Durchsetzung der Reglementierung gegenüber renitenten Einwohnern:innen / Betrieben nicht ausreichend garantiert werden könne. Die allgemein zögerlichen Gemeindepolitiker:innen könnten nur durch eine **nationale Reglementierung** überzeugt werden, umwelt- und biodiversitätsfreundliche Reglemente auch auf kommunaler Ebene einzuführen.

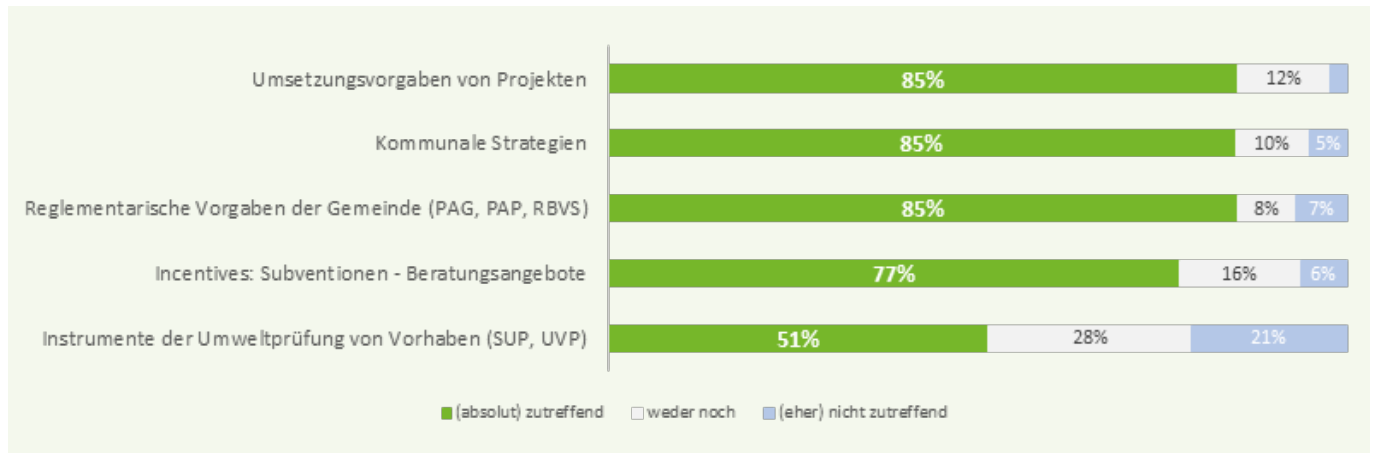


“
Es bedarf Gesetze und Regelungen, die Grünflächen in ein gesundes Verhältnis zu Betonflächen setzen müssen. Sonst werden die Siedlungsgebiete und damit die Atmosphäre weiter erhitzt und dadurch mit Starkregen und Überflutungen beherrscht.
 ”

INSTRUMENTE FÜR EINE EFFEKTIVERE DURCHGRÜNUNG

FRAGE 3:

Welche Instrumente können Ihrer Meinung nach am meisten bewirken, um eine effektivere Durchgrünung unserer Städte und Dörfer zu erreichen?



85% Instrumente, welche für eine effektivere Durchgrünung des Siedlungsraums genutzt werden könnten sind nach Meinung von 85% der Befragten **Umsetzungsvorgaben von Projekten** (z.B. das „Cahier des charges“ bei Ausschreibungen oder das „Projet d'exécution“ von PAP's), aber auch kommunale Strategien, wie z.B. ein Aktionsplan zur Biodiversität oder Grünkonzept sowie **reglementarische Vorgaben der Gemeinde** (Flächennutzungsplan (PAG) – Teilbebauungspläne (PAP) – «Règlement sur les bâtisses»).

77% der Teilnehmer:innen befürworten „incentives“ wie **Subventionen und Beratungsangebote** als Instrumente zur effektiveren Durchgrünung.

51% der Befragten sind der Meinung, dass **Instrumente der Umweltprüfung von Vorhaben** (Strategische Umweltprüfung (SUP) und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)) der Begrünung von Städten und Dörfern dienlich sein können. **21%** geben sogar an, dass Instrumente der Umweltprüfung von Vorhaben diesem Zweck nicht förderlich sind.



WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Vereinzelte Teilnehmer:innen kritisierten einige der genannten Instrumente bzw. erwähnten folgende Möglichkeiten die Durchgrünung voranzutreiben:

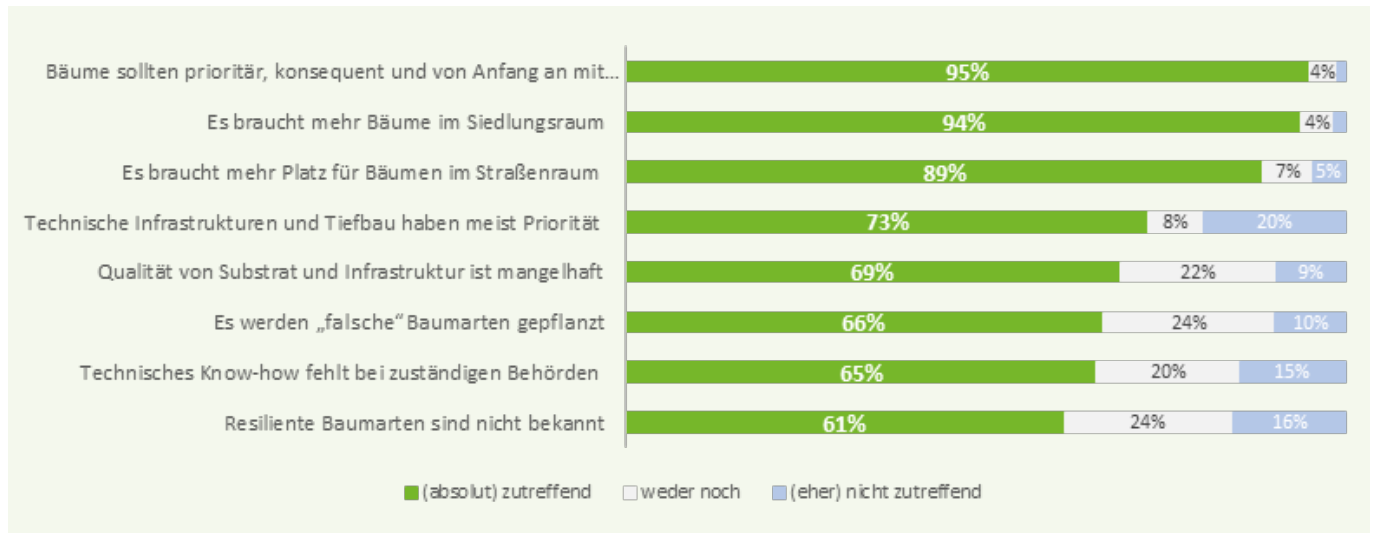
- **Bestehende Vorgaben und Reglemente würden nicht umgesetzt** bzw. ihre Umsetzung würde nicht **kontrolliert**. Die Reglemente und Vorgaben seien somit nicht wirksam.
- Bei falscher oder fehlender Umsetzung von Vorgaben müssten auch **Konsequenzen** drohen.
- Beim Thema Begrünung würden meist alle möglichen Probleme oder möglichen Konflikte Beachtung finden und die **Vegetation dann meist den Kürzeren ziehen**. Dies ginge nebst der begrüneten Fläche auch auf Kosten der Artenvielfalt.
- Eine bessere **Zusammenarbeit mit den Gärtnereibetrieben** wäre wünschenswert.
- Eine **Subventionierung** ist nur sinnvoll, wenn im Vorfeld auch **Überzeugungsarbeit** geleistet wird und ein Umdenken stattfindet. Auch wird in Frage gestellt, ob bei Förderprogrammen die ausgegebenen Gelder tatsächlich an der richtigen Stelle ankommen.

BÄUME IM SIEDLUNGSRAUM

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Bäume im Siedlungsraum ihr Umfeld kühlen, Regenwasser zurückhalten, Schadstoffe aus der Luft filtern und eine Vielzahl an Lebewesen beherbergen.

FRAGE 4:

Welchen Aussagen würden Sie zustimmen?



95% der Umfrage-Teilnehmer:innen stimmen der Aussage zu, dass Bäume **prioritär, konsequent und von Anfang an mit eingeplant** werden sollten.

94% der Befragten sind der Meinung, dass es **mehr Bäume** im Siedlungsraum braucht.

BÄUME IM STRASSENRAUM:

89% der Teilnehmer:innen sind der Meinung, dass Bäume **im Straßenraum mehr Platz** eingeräumt werden muss.

Gleichzeitig stimmen **73%** der Aussage zu, dass Bäume vielfach nur dort gepflanzt werden können, wo Platz „übrig bleibt“, da **technische Infrastrukturen im Straßenraum und Tiefbau meist Priorität** haben. Ob die Teilnehmer:innen mit der zweiten Aussage lediglich einen Status Quo bestätigen oder ob sie es richtig finden, dass Bäume technischen Infrastrukturen weichen müssen, bleibt leider unklar. Auch erhält diese Aussage mit **20%** am meisten Widerspruch.

Da jedoch fast 9 von 10 Teilnehmer:innen angeben, Bäume im Straßenraum benötigen mehr Platz, ist es unumstritten, dass hier eine Lösung gefunden werden muss, damit Bäume mehr Platz im Straßenraum bekommen.



Absolut mehr Bäume, größere einheimische Bäume und Nutzbäume.

Die Straße sollte als ein Aufenthaltsraum mit Klimaqualität oder als halböffentlicher Vorgarten betrachtet werden.





In der Gemeinde in der ich tätig bin, gibt es über 4000 Straßenbäume. Leider verfügen sie aber nicht über angepasste Standortflächen und -tiefen um ihre Effekte (Temperatursenkung, Wasserrückhalt, Luftreinhaltung) auf den Klimawandel auszuüben.



KNOW-HOW DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN, PFLANZUNG UND ARTENAUSWAHL

69% der Teilnehmer:innen stimmen der Aussage zu, dass nicht ausreichend auf die nötige **Qualität von Substrat und Infrastruktur** geachtet wird. Dabei enthielten sich auffallend viele Teilnehmer:innen bei dieser eher technischen Aussage (**23%** der gesamten Stichprobe, fehlende Angaben und „keine Meinung“ einbegriffen).

66% der befragten Personen sind der Meinung, dass „**falsche**“ Baumarten angepflanzt werden, dass es große Bäume braucht die alt werden dürfen, Schatten spenden und Lebensraum bieten, anstatt kleinwüchsige Sorten. Betrachtet man die Aussage nach den einzelnen Gruppen, so sind es bei den Privatpersonen sogar knapp 90%, die dieser Aussage zustimmen.

65% der Befragten sind der Meinung, es fehle den zuständigen Behörden an **technischem Know-how**, um Lösungen für den Konflikt Wurzelraum und Tiefbau zu finden und umzusetzen. Schaut man nur auf die Antworten der Teilnehmer:innen aus Gemeindediensten, so sind es sogar 81%, die dieser Aussage zustimmen.

61% Immerhin 61% der Teilnehmer:innen bejahen, dass **nicht gewusst ist, welche Baumarten** in Zeiten von Klimawandel bevorzugt werden sollen. **16%** der Teilnehmer:innen widersprechen dieser Aussage jedoch.

Allgemein fällt auf, dass bei eher technischen Aussagen, im Vergleich mehr Teilnehmer:innen mit „keine Meinung“ antworten, bzw. die Aussage nicht bewerten als bei sonstigen Fragen. So enthielten sich z.B. auch **16%** der Teilnehmer:innen bei der Bewertung der Aussage, dass es an **technischem Know-how** bei den zuständigen Behörden fehlt, um Lösungen für den Konflikt Wurzelraum und Tiefbau zu finden und umzusetzen. **10%** der Befragten positionierten sich nicht zu der Aussage es sei **nicht gewusst, welche** in Zeiten von Klimawandel resiliente **Baumarten** bevorzugt werden sollen.





WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Des Weiteren wird angesprochen, dass:

- die **Belange der verschiedenen Nutzer:innen im Siedlungsraum** so unterschiedlich seien und die Situation, vor allem im Straßenraum so komplex, dass es keine Lösung gäbe, die allen gerecht würde.
- die **biologischen Stationen/Naturschutzsyndikate** ihre Mitgliedgemeinden verstärkt zum Thema Bäume im urbanen Raum **beraten** sollten.
- es eine **Klärung auf nationaler Ebene** von Seiten des Umweltministeriums in Bezug auf empfehlenswerte einheimische Baumarten vs. **klima- und standortangepasste Baumarten**, geben müsste.
- durch eine angepasste Artenauswahl auch die **Langlebigkeit der Bäume** im Siedlungsraum gewährleistet werden könne.
- verschiedene (einheimische) Bäume, welche gut an den Siedlungsraum angepasst seien, **nicht in Baumschulen erhältlich** sind.
- die Pflege und **Bewässerung der Bäume** im Siedlungsraum nicht genügend Aufmerksamkeit erhält: Wieviel Wasser braucht der Baum? Wie wird bewässert? Wie muss eine fachgerechte Planung und Umsetzung aussehen damit der Baum mit möglichst wenig Personalaufwand genügend Wasser bekommt? Welches Wasser wird hier genutzt (Regenwasser vs. Leitungswasser)? Wie kann Regenwasser effizient über das ganze Jahr dem Baum zugeführt werden?
- der **Erhalt von bestehenden Bäumen** im Siedlungsraum Priorität haben müsse: Anstatt Bäume zu fällen und im Nachhinein wieder neue zu pflanzen, weil sie „schön“ sind oder Schatten spenden, sollte die bestehende Pflanzen- und Baumvielfalt in die Planung mit einbezogen werden.
- es wohl gewusst sei, welche **Bäume sich eignen**. Trotzdem würden fälschlicherweise für die urbane Pflanzung und die Pflanzung von Straßenbäumen einheimische Arten gefordert. Die Standorte seien jedoch nicht geeignet. Die Pflanzung der wenigen einheimischen Arten, die einen solchen Standort überleben können, brächten eine Monokultur mit sich, die sehr gefährlich würde, wenn Schädlinge oder die klimatischen Verhältnisse diese Arten vernichten.

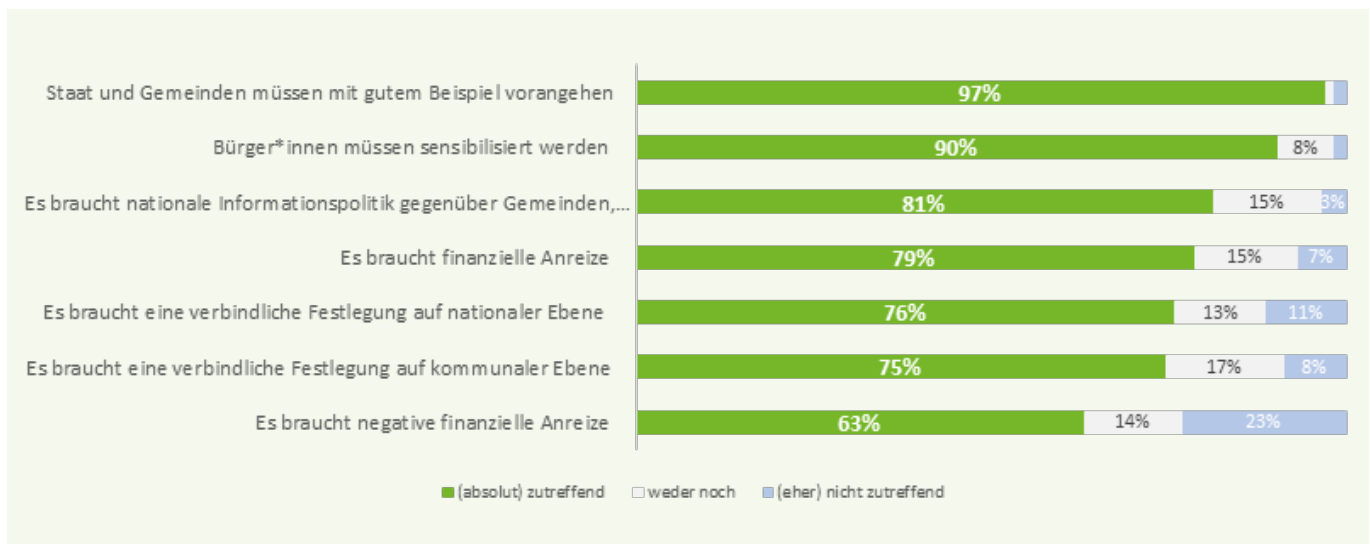
„
Es gibt klare Studien, die die Baumarten identifizieren, die am besten geeignet sind, um verschiedene Ziele in der Stadtplanung zu erreichen. Die Problematik besteht darin, Bäume und Pflanzen als prioritär zu setzen.
 “

BEGRÜNUNG AM GEBÄUDE: DACH- UND FASSADENBEGRÜNUNG

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Gebäudebegrünung die Flächenversiegelung zum Teil kompensieren kann und zu einer Energieeinsparung im Bereich der Kühlung, der Wärmehaltung und beim Sonnenschutz beiträgt.

FRAGE 5:

Welche Aussagen halten Sie für wünschenswert?



97% der Befragten finden, dass der Staat und die Gemeinden **mit gutem Beispiel vorangehen** und öffentliche Gebäude naturnah begrünen und eine entsprechende Pflege sicherstellen müssen. Diese könnten dann auch als Pilotprojekte dienen.

90% der Teilnehmer:innen stimmen der Aussage zu, dass Bürger:innen besser / mehr für die Thematik sensibilisiert werden müssen. **81%** sind der Meinung, dass auf nationaler Ebene, seitens des Umwelt- und des Innenministeriums, eine verstärkte **Informationspolitik gegenüber Gemeinden, Studienbüros** usw. durchgeführt werden muss, um die fachlichen Argumente, die für eine Durchgrünung sprechen, darzulegen.

79% der Teilnehmer:innen sprechen sich für **positive finanzielle Anreize** bzw. eine entsprechende **Beratung** für Privatpersonen, welche Maßnahmen im Bestand (z.B. Nachrüsten einer Dach- oder Fassadenbegrünung) umsetzen möchten, aus.

63% Immerhin noch 63% der Befragten sprechen sich für **Abgaben** (negative finanzielle Anreize), wie z.B. eine Versiegelungssteuer (in Zusammenhang mit den Rückhaltebecken in Neubaugebieten), aus.



Vor allem auf politischer Ebene muss mehr geschehen.



Wobei das Einführen solcher Abgaben - mit **23%** - allerdings auch den höchsten Widerspruch der Teilnehmer:innen erfährt.

Immerhin $\frac{3}{4}$ der Teilnehmer:innen würden einer **verbindlichen Festlegung von Gebäudebegrünung** auf nationaler (**76%**) oder kommunaler (**75%**) Ebene zustimmen. Für Neubaugebiete (bzw. neue Gebäude im Bestand) sollte z.B. festgeschrieben werden, dass jedes Flachdach zu einem relevanten Mindestanteil begrünt werden muss.

WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Weitere Anmerkungen zum Thema Gebäudebegrünung bezogen sich auf:

- die **Kompatibilität von Dachbegrünung und PV-Anlage** (bzw. auch anderen Installationen, welche Dachfläche einfordern).
- die Unterscheidung **zwischen extensiver- und intensiver Gebäudebegrünung** sowie einem Unterschied im Aufbau- und Pflegeaufwand. Instrumente zur Förderung der Gebäudebegrünung sollten diese Unterschiede auch mitberücksichtigen.
- Den Wunsch nach einer **detaillierteren Kommunikation bezüglich Umsetzungs-Richtlinien und Erfahrungen**, damit die möglichen negativen Auswirkungen einer flächendenkenden Umsetzung zeitnah identifiziert werden könnten.

”

Die Einführung einer Abwassergebühr (national) und dann einer gesplitteten Abwassergebühr (je Syndikat) würden einen besseren Anreiz zur geringeren Flächenversiegelung bieten als Verbote und Subsidien.

“

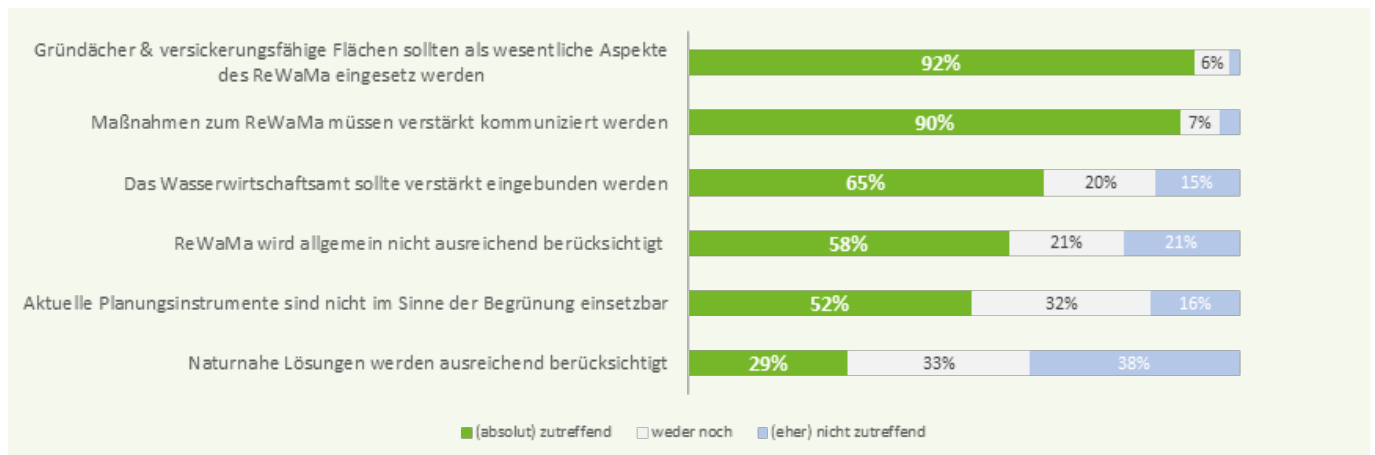


UMGANG MIT REGENWASSER IM SIEDLUNGSRAUM

Vegetation im Siedlungsraum spielt eine wichtige Rolle für das Regenwassermanagement. Sie hält Regenwasser zurück (und lässt einen Teil verdunsten und versickern) und kann somit Überschwemmungsereignisse vorbeugen.

FRAGE 6:

Welchen Aussagen würden Sie zustimmen?



Mehr Spezialisten für die Gemeinden verfügbar!



92%

der Befragten sind der Meinung, dass **Gründächer und versickerungsfähige Flächen als wesentliche Aspekte des Regenwassermanagements (ReWaMa)** im Siedlungsraum angesehen und eingesetzt werden sollten. Jedoch lediglich **29%** der Teilnehmer:innen gaben an, dass in den meisten Gemeinden **naturnahe Lösungen** mit begrünten Versickerungsflächen bei der Planung ausreichend berücksichtigt werden. **38%** der Befragten widersprachen dieser letzteren Aussage, sind also der Überzeugung, in den meisten Gemeinden würden naturnahe Lösungen mit begrünten Versickerungsflächen bei der Planung **nicht ausreichend** berücksichtigt. Hier besteht demnach eine **wesentliche Diskrepanz zwischen Erwartung und wahrgenommener Realität**. Anzumerken ist aber auch, dass **14%** der Teilnehmer:innen letztere Aussage mit „keine Meinung“ oder nicht beantworteten.



*ReWaMa = Regenwassermanagement



58% sind der Überzeugung, dass Regenwassermanagement generell zurzeit in der Gemeindeplanung (bei der Erneuerung des PAGs, der Aufstellung neuer PAPs, Arbeiten im Bestand, etc ...) **nicht ausreichend berücksichtigt** wird. Wobei auch hier **11%** der Befragten die Aussage entweder mit „keine Meinung“ beantworten oder nicht beantworten.

90% der Befragten stimmt der Aussage zu, dass Maßnahmen zum (naturnahen) Regenwassermanagement **verstärkt von der Gemeinde nach außen kommuniziert** werden müssen.

65% der Teilnehmer:innen würden sich wünschen, dass das **Wasserwirtschaftsamt** verstärkt in die Stadtplanung und Umsetzung eingebunden werden würde, und dass Genehmigungen der AGE u.a. die Anteile an Grünfläche und Dachbegrünung mit messbaren Kriterien definieren sollten.

52% der Befragten denken, dass die **aktuellen Planungsinstrumente** (z.B. Vorgaben für PAPs) es **nicht erlauben, Vegetationsflächen/-strukturen als Maßnahme im Sinne des Überflutungsschutzes einzusetzen**. **34%** haben sich zu dieser, doch eher fachlichen Aussage, nicht positioniert.



WEITERE ANMERKUNGEN DER TEILNEHMER:INNEN:

Des Weiteren wurde bezüglich Regenwassermanagement angemerkt, dass:

- es **teurer und zeitaufwändiger** sei, **nachhaltige Projekte durchzuführen** - im Vergleich zu konventionellen Projekten -, und dass auch die Genehmigungsprozesse nachhaltige Projekte eher ausbremsen, als dass diese von offizieller Seite aus unterstützt werden würden.
- die **Nutzung von Regenwasser** und die Mehrfachnutzung von aufbereitetem Trinkwasser verstärkt ausgebaut werden sollte.
- über **Kontrolle** sichergestellt werden müsse, dass die aufgestellten Reglemente auch umgesetzt würden.
- das **Wissen fehle um ein Gesamtkonzept aufzustellen**, welches auch das Regenwassermanagement berücksichtige. So sei z. B. auch die Vorgabe der AGE, für jeden PAP ein eigenes Regenrückhaltebecken zu fordern, kontraproduktiv. Größere Gebiete sollten für das System 'Schwammstadt' zusammengefasst werden dürfen.

“ Die Umsetzung eines nachhaltigen Regenwassermanagements scheitert oft auf Gemeindeebene. Die Gemeinden wollen Regenrückhaltebecken einzäunen, sie wollen kein Regenwasser offen im Straßenraum oder auf öffentlichen Plätzen. Sie machen sich Sorgen um Verletzungen, Wartung, Überschwemmungen. Es sollte mehr aufgeklärt werden. ”

WELCHE PRIORITÄTEN FÜR DIE FÖRDERUNG DER DURCHGRÜNUNG

FRAGE 7:

Können Sie – aus Ihrer Erfahrung und Perspektive - Ideen mit auf den Weg geben, welche prioritär bei der Kampagne „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“ des Mouvement Ecologique / Oekozerter behandelt werden sollen?



Die Resultate zu dieser Frage sind - ebenso wie die generellen Anmerkungen der Teilnehmer:innen in die Schlussfolgerungen eingeflossen.





SCHLUSSFOLGERUNGEN VON MOUVEMENT ECOLOGIQUE UND OEKOZENTER PAFENDALL

Aufgrund der Resultate der Umfrage, der im Rahmen der Kampagne durchgeführten Web-Veranstaltungen sowie von Gesprächen mit politischen und beruflichen Akteuren und eigener Erfahrungen und Analysen ziehen Mouvement Ecologique und Oekozynter Pafendall nachstehende Folgerungen.

Diese stellen einen eindeutigen Handlungsauftrag an alle Akteure (Ministerien, Gemeinden, Planungsbüros usw. dar) und werden auch die Fortführung der Kampagne „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“ prägen.

DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE NATIONALE DURCHGRÜNUNGSSTRATEGIE SCHAFFEN!

Primäres Ziel muss weiterhin der Kampf gegen die Ursachen des Klimawandels sein und u. a. eine konsequente Reduzierung der Klimagasemissionen, verbunden mit einer Entwicklung hin zu einer Null-Emissions-Gesellschaft sein.

Eine Durchgrünungsstrategie für unsere Siedlungen stellt komplementär dazu, eine wichtige Anpassung an den Klimawandel dar, um dessen Folgen auf der Ebene unserer Siedlungen soweit wie möglich zu mindern.

1. Den notwendigen Rahmen auf nationaler Ebene für eine bewusste Durchgrünungsstrategie erstellen

Es ist die Rolle der nationalen Politik, die richtigen Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit mit den Gemein-

den zu setzen, damit diesen die Umsetzung der konkreten Maßnahmen vor Ort ermöglicht bzw. erleichtert wird.

1.1. Rechtlichen und politischen Rahmen verbessern

In relevanten Gesetzen sollte das Gebot der Durchgrünung verankert werden, oder zumindest dem entgegenstehende Bestimmungen überarbeitet werden. Dies betrifft im Besonderen das Gesetz betreffend die Erstellung von Flächennutzungsplänen und die Stadtentwicklung zu sowie die sich daraus ableitenden Ausführungsreglemente. Hier ist eine enge interministerielle Zusammenarbeit zwischen dem

Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung und dem Innenministerium gefordert. Dem Innenministerium kommt in diesem Zusammenhang aufgrund seiner Zuständigkeiten in Bezug auf Flächennutzungspläne (PAG) und über die Gutachten der „cellule d'évaluation“ bei Teilbauungsplänen (PAP) eine verstärkte Verantwortung zu.

1.2. Über Natur- sowie Klimapakt hinaus eine gezielte nationale

Strategie und ein Förderprogramm erstellen

Über den Klimapakt 2.0 sowie den Naturpakt haben sich fast alle Gemeinden Luxemburgs für ein Engagement im Klima- und Biodiversitätsschutz verpflichtet.

Beide Instrumente „belohnen“ sowohl die Aufstellung einer Durchgrünungsstrategie, welche der Klimaanpassung unserer Ortschaften zugute kommt, als auch die Budgetierung und konkrete Umsetzung einer solchen Strategie. Im Anhang 1 werden die relevanten Maßnahmen dieser beiden Pakte in Bezug auf „Gréngs an den Uertschaften“ aufgelistet.

Verständlicherweise stellt der Durchgrünungsaspekt nur einen Teil der in den Pakten aufgelisteten Maßnahmen dar. Angesichts dessen Bedeutung jedoch wäre es geboten, wie

auch im Ausland, zusätzlich eine regelrechte zielorientierte nationale Förderstrategie für die Schaffung klimaresilienter Städte zu schaffen, die sowohl die Planungs- als auch die Umsetzungsebene umfasst.

Des Weiteren gibt es mittlerweile – auch in Luxemburg – eine Vielzahl an Dokumenten, die (unter anderem) naturbasierte Lösungen (eng. nature based solutions) für klimaresiliente Städte empfehlen bzw. auch praktische Umsetzungshilfen liefern (siehe Anhang 2). Es gilt nun die Umsetzung der angeführten Maßnahmen zeitnah in Angriff zu nehmen und ggf. zu kofinanzieren.

1.3. Hemmschwellen identifizieren und angehen

Durchgrünung kann daran scheitern, dass es noch nicht für alle Probleme / Konflikte „a priori Lösungen“ gibt, bzw. diese den Akteuren vor Ort nicht ausreichend bekannt sind. Deshalb gilt es, gezielt die Hemmschwellen zu identifizieren, gemeinsam mit Akteuren Lösungswege festzuhalten und diese umzusetzen. Sei es durch gesetzliche Reformen, Empfehlungslisten, Seminare u.a.m. Folgende Beispiele seien genannt:

- Konfliktsituationen zwischen der Neupflanzung von Straßenbäumen und bereits vorhandenen bzw. geplanten unterirdischen Leitungssystemen;
- Organisation des Unterhalts kollektiver Grünanlagen im Rahmen von Teilbebauungsplänen;
- Möglichkeit von Synergien und der Mehrfachnutzung von Dachflächen (PV, Begrünung, Regenwasserrückhaltung, Installationen der Haustechnik, ...).





1.4. Praxisnahe Richtlinien und Leitfäden für Planungsprozesse

und Umsetzung vor Ort erarbeiten

Das Innen- bzw. Umweltministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Transport sollten klare Richtlinien aufstellen, an welchen sich Gemeinden und Planer:innen orientieren können, und sicherstellen, dass diese auch in der Praxis Verwendung finden. Dies auf mehreren Ebenen:

- Auf rechtlicher Ebene: So sollte u.a. das „Règlement-type sur les Bâtisses, les Voies publiques et les Sites“, das den Gemeinden als Grundlage für die Erstellung ihres „Bautenreglementes“ dient, überarbeitet werden, um das Einplanen von grüner und blauer Infrastruktur in Teilbebauungsplänen (PAPs) sicher zu stellen.
- Auf technischer Ebene: Das Herausgeben von Richtlinien wäre von zentraler Bedeutung, z.B. zum Pflanzen von Straßenbäumen (mit u.a. der notwendigen Sicherung des benötigten Wurzelraumes) bzw. zur Anlage von begrünter Fassaden und Dächern.
- Empfehlungen / Anregungen erstellen: Die Herausgabe von „Empfehlungen“ würde es erlauben, dass nicht jede Gemeinde / jeder Akteur sich zentrale Elemente selbst entwickeln muss. Es gilt z.B. angepasste Pflanzen-Empfehlungslisten für den Siedlungsraum - im Besonderen für geeignete Baumarten - zu veröffentlichen. Diese müssten sowohl den Kriterien der Klimaresilienz wie auch jenen der Biodiversität, Rechnung tragen.
- „Good practice“- Beispiele: Diese sollten aufzeigen, wie der Erhaltung und die Schaffung von Grünflächen und Strukturen im Siedlungsraum mehr Priorität eingeräumt werden kann, welche Hürden sich in der Praxis stellen und wie diese überwunden werden können.

1.5. Sensibilisierungskampagnen und Fortbildungsangebot ausbauen

Bei allen Akteuren – politisch Verantwortlichen, Planungsbeauftragten, technischen Diensten, Bevölkerung ... - besteht derzeit noch ein erheblicher Sensibilisierungs- und Informationsbedarf. Die Unwissenheit um den Nutzen bzw. das Unterschätzen des Stellenwerts von Pflanzen und begrünter Flächen im Zusammenhang mit klimaresilienter Stadtentwicklung stellt eine der größten Hürde für grüne Ortschaften dar.

Entsprechend sollten auf allen Ebenen Informations- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt und Weiterbildungsangebote entwickelt und angeboten werden.

Es gilt zudem die Beratung und Hilfestellung für Planer:innen und ausführende Betriebe, aber auch für Privatpersonen, auszubauen. Das Know-How der zuständigen Gemeindemitarbeiter:innen sollte parallel vertieft und an den aktuellen Wissenstand angepasst werden.

1.6. Kohärenz der Politikgestaltung sicherstellen

Die Festlegung und Umsetzung einer nationalen Durchgrünungsstrategie setzt eine interministerielle Zusammenarbeit voraus und liegt die facto im Verantwortungsbereich verschiedener Ministerien: Innen-, Gesundheits-, Wohnungsbau-, Energie-, Bauten-, Umwelt- und Landesplanungsministerium.

Notwendig ist deshalb eine konzertierte Vorgehensweise mit einem federführenden Ministerium. Diesbezüglich gibt es sicherlich noch Nachholbedarf ...

2. Politisches Bekenntnis der Gemeinde als zentrale Grundlage

Von eminenter Bedeutung ist ein Beschluss des Gemeinderates, der Durchgrünung der Gemeinde eine Priorität bei politischen Entscheidungen einzuräumen und ihren Stellenwert wesentlich erhöht.

Das Bekenntnis, dass die Gemeinde in allen Politikentscheidungen, die einen Bezug zum Thema haben – von der Planung neuer Siedlungen und dem Bau kommunaler Gebäude über die Gestaltung öffentlicher Flächen bis hin zur Straßengestaltung u.a.m. -- im Rahmen einer kommunalen Strategie - eine hohe Priorität einräumt. Dies im Sinne der Förderung der Biodiversität, zur Abmilderung der Folgen der Klimakatastrophe sowie zur Steigerung des Wohlbefindens und der Lebensqualität.

Ein derartiger politischer Beschluss – in Form einer „Resolution“ des Gemeinderates – ist einerseits ein eindeutiges Signal und ein klarer Handlungsauftrag an alle Akteure (Gemeindedienste, Planer:innen, u.a.m.) und eine wichtige Botschaft an die Einwohner:innen. Ihr kommt deshalb nicht nur eine hohe symbolische, sondern ebenfalls eine sehr strategische und konkrete Bedeutung zu.

Dies u.a. in Zusammenhang mit eigenen Bau- und Infrastrukturprojekten, Genehmigungsverfahren u.a. von Teilbebauungsplänen (PAP) und der Sensibilisierung von privaten Haushalten

3. Kommunale Strategie zur Klimaanpassung, Biodiversität und Lebensqualität

Das politische Bekenntnis muss durch eine kommunale Strategie zur Klimaanpassung, Biodiversität und Lebensqualität (Deklinierung der nationalen Strategie auf kommunale Ebene) untermauert und verwirklicht werden. Dabei muss der Durchgrünung ein zentraler Stellenwert eingeräumt werden und auf drei Ebenen wirksam sein:

- alltäglichen operationellen Entscheidungen;
- Planung neuer Projekte (Siedlungen, Plätze, Straßen);
- aber auch rückwirkend gilt es zu untersuchen, wie Defizite in bestehenden Vierteln angegangen werden können.

Politischer Wille und Durchsetzungsvermögen sind in diesem Zusammenhang unabdingbar.



4. Vorreiterrolle von Staat und Gemeinden

Appelle an private Akteure sowie die Bürger:innen sind nur dann glaubwürdig, wenn Staat und Gemeinden bei eigenen Projekten eine konsequente Begründung sicherstellen. U.a. folgende Maßnahmen sollten eine Selbstverständlichkeit sein:

- eine naturnahe Begrünung staatlicher Gebäude und ihrer Umgebung durch die Bautenverwaltung, kommunaler Gebäude durch die Gemeinden ...;
- bei öffentlichen Ausschreibungen und größeren Projekten (z.B. Industriezonen, öffentlichen Infrastrukturen, Wohnungsbau-Projekten ...), bei denen der Staat, die Gemeinde oder parastaatliche Wohnungsbauträger direkter oder indirekter Auftraggeber ist, müssen die Lastenhefte hohe Qualitätsstandards in punkto Grün- und Freiraumplanung enthalten. Dies u.a. in Bezug auf Versiegelungs-

prävention, Gebäudebegrünung, naturnahes Regenwassermanagement, naturnahe Freiraumgestaltung und Sicherstellung der Pflege.

- die gemeinsame Nutzung von Dachflächen für Solarenergie und Dachbegrünung;
- naturnahe Gestaltung und Pflege von Grünflächen (z. B. Parkanlagen) und Strukturen (z. B. Hecken und Bäume);
- die Berücksichtigung der Wasserversorgung der Grünstrukturen bereits in der Planungsphase: Regenwasser, welches auf versiegelte Flächen fällt, soll so aufgefangen und umgeleitet werden, dass es den Pflanzen auch in Trockenperioden zur Verfügung steht. Stichworte „wassersensible Stadt und Freiraumentwicklung“ bzw. „Schwammstadtprinzip“.

5. Zusammenarbeit aller Akteure auf Projektebene von Anfang an: eine unabdingbare Voraussetzung

Unabdingbar ist eine starke, ressortübergreifende Zusammenarbeit, vor allem auch auf Projektebene, damit eine angepasste Vegetation prioritär und von Anfang an mit eingeplant und fachgerecht umgesetzt wird. Fußend auf der genannten politischen Grundsatzentscheidung gilt es, dieses Umdenken auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dies sowohl auf der staatlichen Ebene als auch von Gemeindediensten, bei Planungsbüros, Architekt:innen ...

Auch müssen andere private Dienstleister – in diesem Fall vor allem Baumschulen und Gärtnereibetriebe – mit an

Bord genommen und befähigt werden, der Nachfrage nach einheimischen und standortgerechten Arten (Bäume, Stauden, angepasste Samenmischungen) nachzukommen, um eine extensive und naturnahe Gestaltung und Pflege von Grünflächen und -strukturen zu gewährleisten.

Da viele Akteure hiermit Neuland betreten dürften, sollte vonseiten der Gemeinden, Syndikate und anderer Akteure schleunigst Pilotprojekte angekurbelt werden, die vorbildhaft zeigen, wie solche Projekte gelingen und Hürden aus dem Weg geräumt werden können.



Anhang 1

WWW.NATURELO.MECO.LU



Nebst den Videoaufnahmen und Berichten zu der Webinarreihe „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“, bietet die Internetseite der Kampagne „Natur elo!“ auch eine Vielzahl an Tipps und Referenzen zur naturnahen Gestaltung von Gärten, Grünflächen und der Begrünung am Gebäude.

Die Flyer und Poster einiger Biodiversitätsprojekte, so auch der Flyer zur Kampagne „Méi Gréngs an eise Stied an Dierfer“, können hier heruntergeladen werden.

Des Weiteren kann auf eine Auswahl an Literaturtipps und Referenzprojekten zurückgegriffen werden.

Über das Projekt „A voller Bléi“, finden Sie Empfehlungslisten für insektenfreundliche Kräuter, Zwiebelblumen, Stauden und Gehölze.

Die Aktion „Nee zum Schottergaart! Lieweg Vilfalt amplatz gro Wüst!“ stellt u. a. den Gemeinden detaillierte Anregungen zu möglichen rechtlichen Schritten, welche die Gemeinde in die Wege leiten kann um gegen die weitere Ausbreitung der Schottergärten vorzugehen, bereit. Aber auch die Umwandlung eines Schottergartens in ein farbenfrohes Staudenbeet wird im Detail beschrieben und mit Fotos illustriert.



Das Angebot auf www.naturelo.meco.lu wird regelmäßig ausgebaut und angepasst! Schauen Sie vorbei!

Anhang 2

DOKUMENTATION AUS LUXEMBURG

Mittlerweile gibt es – auch in Luxemburg – eine Vielzahl an Dokumenten, die (zumindest unter anderem) naturbasierte Lösungen (eng. nature based solutions) für klimaresiliente Städte empfehlen bzw. auch praktische Umsetzungshilfen liefern. So z.B.:

- Guide Eco-urbanisme (Juli 2021) – Ministerium für Energie und Raumentwicklung.
- Planungshandbuch – Guide pour une qualité urbaine (April 2021) – Ministerium für Energie und Raumentwicklung, Ministerium des Innern und Ministerium für Digitalisierung.
- Landschaftsgerechte und oekologische Wohnbaugebiete (März 2007) – Ministerium für Umwelt, Klima und Nachhaltige Entwicklung, Natur- und Forstverwaltung.
- Leitfaden zum Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten Luxemburgs – Wasserwirtschaftsamt
- Anlage von naturnahen Grünflächen im Siedlungsbereich – Ein Praxisratgeber für Gemeinden März 2019 (eine überarbeitete Auflage ist in Erstellung); Herausgegeben von SICONA Naturschutzsyndikat, Naturpark Öwersauer, Natur- a Geopark Mëllerdall, Naturpark Our, Kampagne «Ouni Pestiziden», Biologische Station SIAS, Nationalmuseum für Naturgeschichte, Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung.

Die Umweltverwaltung hat im April 2022 eine Studie „Klimaökologische Situation in Luxemburg – Modellbasierte regionale Klimaanalyse“ veröffentlicht. Hier wurde nicht nur eine Karte erstellt, über welche problematische Situationen aufgezeigt werden. Es werden auch Handlungsempfehlungen vorgeschlagen.

Anhang 3

WEBINARE ZUM THEMA:

MÉI GRÉNGS AN EISE STIED AN DIERFER: PROJEKTE, EMPFEHLUNGEN UND INSPIRATION



AUFTAKTVERANSTALTUNG

„MÉI GRÉNGS AN EISE STIED AN DIERFER“

E Bättrag zur Liewensqualität, der Klimaupassung an dem Erhalt vun der Biodiversitéit

Mit den Referentinnen Anna Detzhofer, Landschaftsplanerin aus Wien und Juliane Mathey, Diplombiologin



FACHVERANSTALTUNG 1

BÄUME IM SIEDLUNGSRAUM

Klimaangepasste Artenauswahl und nachhaltige Gestaltung des Wurzelraums

Mit den Referenten Klaus Körber, Bayrische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau, Prof. Stefan Schmidt, Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau u. Österreichische Bundesgärten und Alexander Borgmann, ARBOR revival



FACHVERANSTALTUNG 2

FASSADENBEGRÜNUNG

Ökologische und klimatische Leistungen, Begrünungsformen, Kosten-Nutzenvergleich und Förderbeispiele

Mit der Referentin Prof. Dr.-Ing Nicole Pfoser, Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima“ – Nürtingen



FACHVERANSTALTUNG 3

DACHBEGRÜNUNG

Ökologische und klimatische Leistungen, Aufbauvarianten, Kosten-Nutzenvergleich und Förderbeispiele

Mit dem Referenten Dr. Gunter Mann, Bundesverband Gebäude Grün e.V. (BuGG)



FACHVERANSTALTUNG 4

REGENWASSERMANAGEMENT

Durch und für Begrünung

Mit der Referentin, Dr.-Ing. Elke Kruse, Landschaftsarchitektin und seit mehreren Jahren freiberuflich als Expertin für Überflutungs- und Hitzevorsorge in Städten tätig.



FACHVERANSTALTUNG 5

„MÉI GRÉNGS AN EISE STIED AN DIERFER“

Den öffentleche Raum fir a mat de Bierger*innen naturno gestalten

Mit den Referentinnen Dipl.-Ing. Liette Clees vom Verkehrsplanungsbüro komobile w7 GmbH aus Wien und der Biologin Lisa Siebenaler vom Naturschutzsyndikat SICONA

Anhang 4

KLIMAPAKT 2.0 UND NATURPAKT

Im Rahmen des Naturpaktes sowie des Klimapaktes 2.0 werden gewisse Begrünungsmassnahmen gefördert. Diese seien im Folgenden angeführt:

Naturpakt

Naturschutz allgemein

- M1 Kommunale Strategie für den Umweltschutz
- M2 Kommunales Budget für Natur- und Wasserschutzmaßnahmen
- M3 Kommunales Budget für die langfristige Sicherung von Flächen von ökologischem Interesse

Siedlungsraum

- M2 „Servitudes d’urbanisation - biotopes“
- M4 Grünflächenmanagement und -gestaltungsplan
- M5 Extensive Bewirtschaftung von Grünflächen
- M6 Gehölze im Siedlungsraum
- M11 Begrünung kommunaler Gebäude
- M12 Naturfreundliche Gemeindegebäude und PAPs
- M13 Erhalt und Förderung unversiegelter Flächen im Siedlungsraum
- M14 Grüne Wohngebiete und ökologische Korridore
- M16 Förderung einer naturnahen Bewirtschaftung, Nutzung und Gestaltung von Privatflächen
- M19 Prioritärer Aktionsplan bezüglich des Siedlungsraumes

Wald:

- M1 Gemeindeeigene Wälder

Wasser

- M4 „Servitudes d’urbanisation“ – Fließgewässer
- M5 Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten
- M13 Prioritärer Aktionsplan bezüglich des Wassers

Klimapakt 2.0

- 1.1.3 Klimaanpassungskonzept (KA)
- 1.2.3 Klimaanpassungsplanung (KA)
- 1.3.1 Städtebaurechtliche Instrumente (CE, KA, LQ)
- 1.3.2 Innovative städtische und ländliche Entwicklung (CE, KA, LQ)
- 2.1.1 Vorbildwirkung öffentlicher Gebäude und Infrastruktur (CE, KA, LQ)
- 2.3.2 Wassereffizienz (KA)
- 3.3.2 Grünflächenbewirtschaftung (KA)
- 3.4.2 Siedlungsentwässerung





meco.lu

oekozeniter.lu

naturelo.meco.lu